

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gb. Amthof, Dresden
und Schöne Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen
nach der Arbeit und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle
30 Pf., die 90 mm breite Kompositionelle 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietange-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 97

Dresden, Dienstag den 27. April 1926

37. Jahrg.

Vor einer Panik in der Erwerbslosenfürsorge

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Unter den Äußerungen ist seit der Frankfurter Besprechung zwischen dem Reich und den Ländern über die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge ein erhöhter Kampf im Gange, dessen Ausgang für die Gestaltung der Erwerbslosenunterstützung von der größten Bedeutung ist. Die bei der Frankfurter Besprechung aufgetauchten Probleme werden noch eine ganze Reihe von Erörterungen zwischen Reich, Ländern und Organisationen zur Folge haben müssen. Die Unternehmer rufen deshalb zu einer scharfen Attacke gegen das vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene neue Unterstützungssystem, das ihnen in der Höhe der Unterstützung viel zu weit geht. Sie beabsichtigen, mit dem Hinweis auf die Summen, die bis jetzt vom Reich und von den Ländern aus öffentlichen Mitteln zur Unterstützung der Arbeitslosen bereitgestellt werden mußten,

die Öffentlichkeit aufzupunkten

und führen sich dabei auf die in Frankfurt aufgetauchten Bestrebungen, mit der Lohnklassenklassierung nur bis zu einem Einheitslohn von 75 M. zu gehen und für die unteren Klassen I, II und III statt 50 nur 40 Prozent des Einheitslohnes als Unterstützung zu zahlen.

Die Gewerkschaften wissen, was gespielt wird; sie werden jeden Versuch, die von ihnen geforderte Einkommenslösung zu einer Verschlechterung der Unterstützung zu mißbrauchen, unerschrocken bekämpfen. Mit dem Hinweis auf die bereits für die unterstützten Erwerbslosenfürsorge gezahlten Summen wird man weder die Gewerkschaften, noch die Öffentlichkeit täuschen; denn diese Summen sind längst in der Arbeiterpresse bekanntgegeben worden. Sie betragen sich für die Zeit von Dezember bis April auf etwa 350 Millionen. Im übrigen sollte man sich im Unternehmertum nicht mit dem Feuer zu spielen. Die Frage der Neuordnung der Erwerbslosenunterstützung ist eine sehr ernste Sache; sie muß mit der größten Ruhe und Geduld geprüft und gelöst werden.

Wie liegen denn die Dinge? Der Grundgedanke der Arbeitslosenversicherung, der bereits in der Zwischenlösung zur Geltung kommen soll, ist

die Lohnklassenklassierung.

Die Regierung will mit dieser Klassierung den Hoch- und Qualifikationsunterschied herausheben; sie begründet das damit, daß Deutschland auf dem Weltmarkt nur konkurrenzfähig sein kann, wenn es Qualität verkauft, und deshalb alles getan werden müsse, um den großen Qualifikationsmangel zu beheben. Was soll nun aber mit der Klasse der unteren Schichten in der Lohnklassenklassierung geschehen? Die Gewerkschaften werden nicht dulden, daß die schlecht gelohnten Arbeiter nun nur noch mit Bettelgehältern dem

Arbeitslosenstand überlassen werden. Führt man die Lohnklassenklassierung nach den Wünschen der Unternehmer durch, dann fällt die ungeheure Masse der unteren Schichten der Arbeitslosen der „Wohlfahrtspflege“ zur Last. Das muß eine Katastrophe heraufbeschwören. Nach und nach werden das Ergebnis einer solchen Sortierung von Erwerbslosenfürsorge sein; denn wer gibt der Wohlfahrtspflege die notwendigen Mittel zur Hilfeleistung? Mit der Heberweisung großer Massen von Arbeitslosen an die Wohlfahrtspflege muß in den Industriebezirken, wo z. B. die Heimindustrie und die Kleinmetallindustrie ihren Standort haben, oder wo andere große Massen von Nichtqualitätsarbeitern zu Hause sind,

eine Panik eintreten.

Wer hilft diesen Bedrohungen die neue Absicht der Wohlfahrtspflege tragen? Wie sollen die Mittel für den Ausbau der Wohlfahrtspflege aufgebracht werden? Aus welchen Steuern sollen die Mittel genommen werden? Die Unternehmer sind natürlich die ersten, die sich gegen jede Verschärfung der Gewerbesteuer oder irgendeiner anderen sie zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung belastenden Steuer zur Wehre setzen werden. Bei der Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung wird ein Kampf aller gegen alle entbrennen.

Wie man sieht, wird durch die Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften die Lösung des Erwerbslosenproblems nicht leichter und einfacher. Statt zu dem erstrebten Kompromiß in der Finanzierung der Wohlfahrtspflege für die Arbeitslosen zu gelangen, läuft man Gefahr, sich rettungslos in ein gefährliches Labirinth einander widerstrebender Interessen zu verirren.

Entscheidung binnen Monatsfrist

Am Mittwoch nachmittag tritt der Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung zusammen, um zu der Frage der Verlängerung der bisherigen Höchsthöhe der Erwerbslosen- und der Kurzarbeiterfürsorge Stellung zu nehmen. Wie wir erfahren, wird von der Regierung vorgeschlagen, die Geltung der jetzt bestehenden Erwerbslosenunterstützung um einen und der Kurzarbeiterunterstützung um zwei Monate zu verlängern. Danach muß alle binnen Monatsfrist die Entscheidung über die Zwischenlösung der Erwerbslosenfürsorge fallen.

In Berlin steigt die Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbslosen ist in Berlin in der vergangenen Woche um 700 gestiegen. Insgesamt waren 245.507 Personen gegen 244.883 der Vorwoche beschäftigt. Unter ihnen befinden sich 164.607 männliche und 80.900 weibliche Personen. Unterstützung bezogen 133.908 männliche und 66.014 weibliche, also insgesamt 199.922 Personen.

Der Freundschaftsvertrag mit Rußland

Der zwischen Deutschland und Rußland in Berlin abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, von dem Wunsch geleitet, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann, und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken eine stetige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu bekräftigen:

Artikel 1

Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken bleibt der Vertrag von Rapallo.

Die deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken werden in freundschaftlicher Haltung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder zusammenfassend beruhigenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel 2

Sollte einer der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten.

Artikel 3

Sollte aus Anlaß eines Konflikts der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in feindschaftlichen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Artikel 4

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die beiden vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.“

Die Erläuterungen

Der Vertrag ist ein völkervertraglicher Vertrag zwischen dem Reich und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Berlin geschlossen. An ihm haben die deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken teilgenommen. Der Vertrag ist ein völkervertraglicher Vertrag zwischen dem Reich und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken in Berlin geschlossen.

daß ihre bisherige Agitations-Plattform, von der aus sie die Unvereinbarkeit freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland mit den Interessen von Genf und dem Eintritt in den Völkerbund behaupteten, nun durch die russische Regierung selbst gestürzt worden ist. In einer einigermaßen schwierigen Situation befinden sich auch die Deutschnationalen, die ebenfalls immer die Auffassung vertreten haben, daß man nicht gleichzeitig ein gutes Verhältnis zu Rußland und gute Beziehungen zum Westen unterhalten könne.

Die Frage, ob der deutsch-russische Vertrag dem Plenum des Reichstags zur Zustimmung vorgelegt werden soll, wird noch Gegenstand der Beratungen des Kabinetts sein. Dem Wortlaut der Verfassung nach ist die Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich. Aus politischen Gründen könnte es sich aber empfehlen, sie trotzdem herbeizuführen.

An der Debatte des Auswärtigen Ausschusses beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Weitzel (Soz.), Graf Nevenomow (Döhl.), Steeder (Komm.), Löbe (Soz.), Dr. Doeglich (Nat. Vp.), Dr. Scholz (D. Vp.), Haas (Zentr.), Dr. Haas (Dem.), v. Freytag-Loringhoven (Nat. Vp.), Dr. Freytag (Döhl.-Vp.) und Dr. Emminger (Soz. Vp.).

Glückwünsche und rote Orden

D. Berlin, 27. April. (Eig. Rundfunk.) Der deutsch-russische Vertrag findet in der heutigen Morgenpresse von rechts bis links Zustimmung. Aus Anlaß der Unterzeichnung wurden zwischen dem Reichsaussenminister und Tschitschew Glückwunschtelegramme ausgetauscht. — Das Präsidium des Volkskomitees der Moskauer Internationale hat inzwischen den Vorschlag gemacht, dem russischen Volkshelden in Berlin, Archimede, den „Orden der roten Fahne“ zu verleihen.

Zusammengedrochene kommunistische Hehe

D. Berlin, 27. April. (Eig. Rundfunk.) Die Verfechter des deutsch-russischen Vertrages, dessen Inhalt sich mit dem von uns bisher veröffentlichten Angaben völlig deckt, hat der kommunistischen Partei zentraler Verwaltungsgesellschaft, in der heutigen Morgenausgabe der roten Fahne eine Erklärung losgelassen, aus der sich die ganze Verlogenheit ergibt, in der die deutschen Kommunisten durch ihre Götter in Moskau gebracht worden sind. Die KPD steht ihre Felle fortzukommen und sich selbst zu dem Eingeständnis gezwungen, daß ihre Agitation gegen die deutsche Außenpolitik bisher nichts anderes war als ein gewisser Schwindel, den sie trotzdem durch Angriffe auf die Reichsregierung und die Arbeiter-Internationale nochmals glaubt bekräftigen zu müssen. Im Grunde genommen ist es jetzt mit der faulen kommunistischen Agitation vorbei, daß „die deutsche Außenpolitik jeder freundschaftlichen Beziehung zu Rußland zerrützt“, nachdem das Gegenteil von den ersten Moskauer Volkskomiteen in einem Vertrag festgelegt ist, der insofern im Auswärtigen Amt, auch die Zustimmung der Kommunisten gefunden hat. Kein Wunder, wenn die rote Fahne den Wortlaut des deutsch-russischen Vertrages samt der kommunistischen Erklärung nur in der Beilage wiedergibt, während die gesamte Berliner Presse, ob rechts oder links, den „Freundschaftsvertrag“ in großer Aufmerksamkeit auf der Titelseite veröffentlicht. Man geteilt also selbst äußerlich noch die große Verlogenheit ein, obwohl dieses Verhalten wirklich nicht mehr notwendig gewesen wäre.

Englands günstige Haltung

S. London, 27. April. (Eig. Rundfunk.) Der englische Außenminister Chamberlain gab auf einem Treffen des englisch-französischen Vereins in London eine wichtige Erklärung über den deutsch-russischen Vertrag ab, in der es u. a. heißt: „Wir sind im gegenwärtigen Zeitpunkt beunruhigt worden durch diplomatische Verhandlungen, die anderwärts vor sich gegangen sind. Neue Verträge müssen sorgfältig überwacht werden. Denn die Welt ist so klein geworden, daß wir nicht länger sagen können, daß uns das, was anderwärts geschieht, gleichgültig läßt. Ich glaube aber, daß wir einen schweren Fehler machen, wenn wir diese Verhandlungen mit Eifersucht oder Mißtrauen betrachten. Während die englische Regierung alte Freundschaften, die aus gemeinsamen Erinnerungen hervorgegangen sind, zu pflegen wünscht, haben wir keine eifersüchtigen Neidhüte, wenn andere Staaten ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern wünschen, vorausgesetzt, daß die Verträge den Frieden sichern und nicht feindselige Bündnisse, die gegen andere Staaten gerichtet sind, bekräftigen. Ferner muß vorausgesetzt werden, daß diese Verträge übereinstimmen mit den Verpflichtungen, die wir und, wie ich hoffe, bald auch andere Nationen (Deutschland) gegenüber dem Völkerbund und seinen Satzungen zu erfüllen haben.“

Zweifel in Frankreich

P. Paris, 27. April. (Eig. Rundfunk.) Das französische Auswärtige Amt hat es vorläufig noch abgesehen, zum Vertrag Stellung zu nehmen, und hat erklärt, daß eine eingehende Prüfung des Textes erforderlich sei. Die Kommentare der Morgenblätter beunruhigen in ihrer Mehrheit die Vereinbarkeit des Vertrags mit den Verpflichtungen, die Deutschland als Mitglied des Völkerbundes haben würde. Deutschland, so meint der Katin, bestärkt seine Vorbehalte gegen den Artikel 16 des Völkerbundes, indem es ausdrücklich erklärt, daß es im Falle eines Konflikts, in den die Sowjetrepublik verwickelt sein würde, darüber zu entscheiden habe, wer recht und wer unrecht hat. Die Alliierten und die kleine Entente würden sich am liebsten in Verbindung setzen, um eine diplomatische Aktion in Berlin zu unternehmen mit dem Ziele, von Deutschland eine klare und formelle Erklärung zu erhalten. Ähnliches führen andere Blätter aus.

Das Centre hingegen ist der Meinung, daß an dem deutsch-russischen Vertrag nichts zu beanstanden sei, da Deutschland einverstanden war, es sich in Zukunft für den Westen entscheiden, in dem neuen Vertrag lag zu dem Osten beizugehen.

Zustimmung aller Parteien

Im Auswärtigen Amt haben am Montag die Vertreter sämtlicher Parteien ihr Einverständnis mit dem deutsch-russischen Vertrag erklärt. Am stärksten verurteilt war die Zustimmung der Kommunisten, deren Redner erst nach geradem holbrockianischen Drehen und Wendungen zu einem Ja gelangte. Das ist verständlich angesichts der Tatsache,